heute:
IKB aktuell

Handelsblatt.com
NEWS AM ABEND

IKB Deutsche Industriebank

Mittwoch, 4.10.06 I Nr. 191

Die schnellste Zeitung produziert von océ

Redaktionsschluss: 14 Uhr

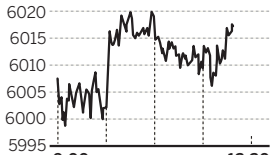
Im nächsten Handelsblatt

Volker Kauder:
Der Fraktionschef der Union zum Arbeitsmarkt

Murdoch & Redstone:
Die letzten Titanen der Medienbranche

DAX 30

Mittwoch, 4.10.06
(Vortag: 5992,22 Punkte) 6017,27



Handelsblatt | Quelle: Bloomberg

HEUTE

Wulff trifft sich zu Krisengespräch mit EADS-Co-Chef Enders
Niedersachsens Ministerpräsident Wulff will sich in der kommenden Woche wegen der Lieferprobleme beim Super-Airbus A380 zu einem Krisengespräch mit EADS-Co-Chef Thomas Enders treffen. Die Landesregierung beobachte „mit großer Sorge" die Entwicklungen bei Airbus, sagte ein Sprecher. Der Landes-Regierungschef werde sich nach seiner Russland-Reise mit Enders treffen. **SEITE 5**

Eon droht weiter Ärger aus Spanien
Die spanische Energieaufsicht zeigt sich gegenüber Eon hart. Die Behörde will Medienberichten zufolge an ihren harten Auflagen für die Endesa-Übernahme festhalten. **SEITE 6**

Publikum feiert WM-Film
Wortmanns Kino-Doku bringt die Sommer-Stimmung zurück. **SEITE 9**



Frankfurter Buchmesse startet

Unter großem Andrang hat heute Morgen die 58. Frankfurter Buchmesse begonnen. Zunächst haben nur Fachbesucher Zutritt; am Wochenende hat die weltgrößte Bücherschau auch für das breite Publikum geöffnet. Bis einschließlich Sonntag zeigen 7272 Aussteller aus aller Welt fast 400 000 Titel – mehr als je zuvor. Foto: dpa

VW steigt bei MAN ein

Autobauer macht wichtigen Schritt in Richtung einer Dreier-Allianz mit Scania

rtr I Hamburg Volkswagen hat sich überraschend mit gut 15 % an dem Nutzfahrzeugbauer MAN beteiligt. Damit untermauern die Wolfsburger ihr Interesse an einer Dreier-Allianz aus MAN, Scania und dem eigenen Geschäft bei schweren Lastwagen in Brasilien.

Die Beteiligung von 15,06 % an MAN solle das strategische Interesse von VW im Nutzfahrzeuggeschäft sichern, teilte Volkswagen heute mit. Eine vollständige Übernahme des Münchener Lkw-Bauers sei nicht geplant. VW-Chef Bernd Pischetsrieder betonte, der Schritt sei nicht feindlich. Angesichts von Hinweisen im Markt auf einen nicht freundlichen Übernahmeversuch durch Dritte sei die Beteiligung an MAN zur Sicherung der Interessen von Volkswagen aber erforderlich gewesen.

Die Wolfsburger sind größter Scania-Aktionär und hatten unlängst zusammen mit dem zweitgrößten Anteilseigner „Investor" ein Übernahmeangebot von MAN für den schwedischen Lkw-Bauer zurückgewiesen. Pischetsrieder hatte stattdessen auf dem Pariser Autosalon eine Dreier-Allianz zwischen MAN, Volkswagen und Scania als wünschenswerte Alternative bezeichnet.

Mit der nun eingegangenen Beteiligung erhöhen die Wolfsburger nach Einschätzung von Branchenkreisen den Druck auf MAN, einer Kooperation zuzustimmen und auf eine feindliche Übernahme von Scania zu verzichten.

MORGEN MEHR
Wie VW bei der Fusion der Lkw-Branche die Fäden zieht **im Handelsblatt**

EU verhängt Strafzoll

dpa I Brüssel Die EU verteuert Billig-Schuhe aus China und Vietnam für die nächsten 2 Jahre durch Strafzölle. Darauf einigten sich die EU-Staaten heute Morgen in Brüssel nach einem monatelangen Streit. Die EU-Staaten schwächten einen Vorschlag der EU-Kommission ab, die eine Dauer von 5 Jahren gefordert hatte.

Die Schuhbranche hatte bereits gewarnt, die Zölle könnten Preiserhöhungen für die Verbraucher bedeuten. In Deutschland kommen 60 % der Schuhimporte aus China und Vietnam. Die Extrazölle betragen für Lederschuhe aus China 16,5 % und 10 % für Lederschuhe aus Vietnam, berichteten EU-Diplomaten.

Die EU-Kommission hatte die Extrazölle im August vorgeschlagen, da beide asiatischen Länder mit Subventionen den weltweiten Wettbewerb erheblich verzerren. **SEITE 3**

Handelsblatt Veranstaltungen

5. Handelsblatt Jahrestagung
Industrieversicherung
23. und 24. November 2006, Köln

Info-Telefon: 02 11.96 86–34 48
E-Mail: petra.pliester@euroforum.com

Weiter Informationen unter:
http://vhb.handelsblatt.com/industrieversicherung

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

Meldungen

Spannung vor Gesundheitsrunde
Kurz vor dem Spitzengespräch von CDU, CSU und SPD zur Gesundheitsreform mehren sich die Zweifel am Erfolg des Treffens. Die CSU geht nicht davon aus, dass es schon heute eine endgültige Einigung in dem seit Monaten andauernden Streit gibt. Die Spitzenrunde aus CDU, CSU und SPD wird am Abend auf der Grundlage eines Kompromisses der Gesundheitsexperten der großen Koalition verhandeln.

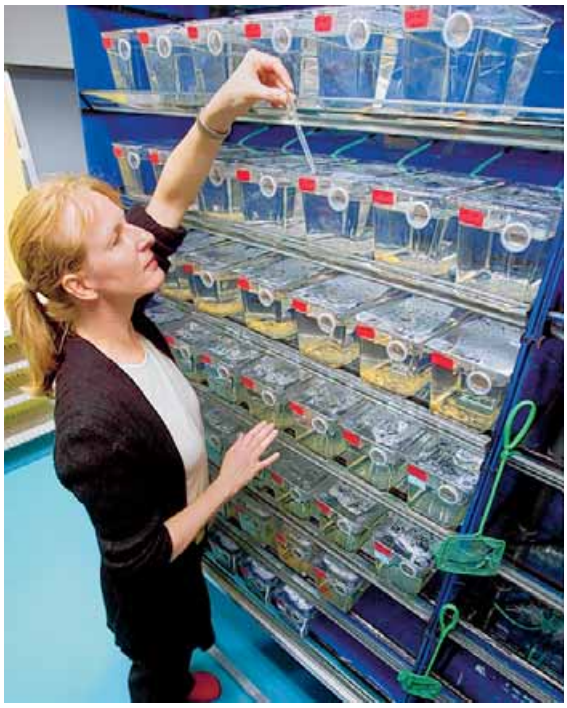
SPD liegt erneut vor der Union
In der heute veröffentlichten wöchentlichen Forsa-Umfrage kam die Union wie in der Vorwoche auf 29 % und hatte damit einen Punkt weniger als Sozialdemokraten, die unverändert 30 % erreichten. Die FDP erzielte zum vierten Mal in Folge 15 %. Für die Linkspartei stimmten wie in der Woche zuvor 10 % der Befragten. Die Grünen gewannen einen Punkt hinzu und stiegen auf ebenfalls 10 %.

Rot berät mit Rot in Berlin
SPD und Linkspartei haben heute Verhandlungen über eine Fortsetzung der rot-roten Koalition in Berlin aufgenommen. Die Delegationen trafen am Vormittag im Roten Rathaus zusammen. Bei dem zweistündigen ersten Gespräch soll es zunächst um den organisatorischen Ablauf der Verhandlungen gehen. Mit der Bildung eines neuen Senats wird erst Anfang November gerechnet, nach der ersten Sitzung des neuen Abgeordnetenhauses am 26. Oktober.

Dienstleister gehen mit Schwung in den Herbst
Der RBS/NTC-Einkaufsmanagerindex (EMI) für die deutsche Dienstleistungsbranche stieg im September auf 54,4 von 54,3 Punkten im August. In der Euro-Zone insgesamt verzeichneten die 2000 befragten Dienstleister dagegen eine langsamere Geschäftsdynamik. Der Index fiel unerwartet deutlich auf 56,7 von revidiert 57,4 Punkten.

Handelsblatt Veranstaltungen
5. Handelsblatt Jahrestagung
Industrieversicherung
23. und 24. November 2006, Köln
http://vhb.handelsblatt.com/industrieversicherung

Exzellente Universitäten



Forschungslabor an der Ludwig Maximilians Universität in München – die Hochschule erhielt die meisten Fördermittel Foto: dpa

In Deutschland liegen München und Aachen in der Grundlagenforschung vorn

bag I Berlin Führend in der Forschung sind unter den deutschen Hochschulen die Ludwig-Maximilians-Universität in München und die RWTH Aachen, gefolgt von Heidelberg und Würzburg auf Rang drei. Das ist das Ergebnis des 4. Förderrankings der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für die Jahre 2002-2004. Erstmals unter den Top Ten ist die TU Dresden.

Die DFG vergibt jährlich rund 1,2 Mrd. € für Projekte der Grundlagenforschung an den Unis und ist damit vor Bund, EU und der Industrie der größte Drittmittelgeber der Hochschulen. Die Konzentration ist enorm: Ein Drittel des Geldes teilen sich die zehn forschungsaktivsten der insgesamt 82 deutschen Unis.

Den Spitzenreitern im DFG-Ranking werden zugleich große Chancen bei der Exzellenzinitiative zugeschrieben, bei der kommende Woche die erste Hälfte der Sieger gekürt wird. Während das DFG-Ranking die Forschungstätigkeit der Vergangenheit abbildet, belohnt die Exzellenzinitiative auch die Strategie der Hochschulen, ihre Vernetzung mit anderen Forschungseinrichtungen und die Nachwuchsausbildung. Der Wettbewerb um insgesamt 1,9 Mrd. € soll vor allem die Profilbildung der Hochschulen vorantreiben, so dass auch in Deutschland international sichtbare Elite–Unis entstehen.

Die schon heute relevanten unterschiedlichen Schwerpunkt zeigt das DFG-Ranking erstmals für die wichtigsten Fächergruppen: Ein „herausragendes Beispiel ist die Uni Würzburg, die alle Karten auf die Lebenswissenschaften gesetzt hat“, sagte DFG-Präsident Ernst-Ludwig Winnacker bei der Vorstellung. So erreichte Würzburg hier den Spitzenplatz – und das, „obwohl es dort keine außeruniversitäre Einrichtung gibt, wie etwa ein Max-Planck-Institut“, das die Uni befruchten könnte.

MORGEN MEHR
Die ausführliche Rangliste der deutschen Universitäten **im Handelsblatt**

Tschechiens Ex-Präsident Vaclav Havel wird 70 Jahre alt

Ein realistischer Träumer

dpa I Prag Er schimpft vor der Kamera auf Russlands Präsident Wladimir Putin, meditiert mit US-Popstar Madonna und füllt bei der Prager Buchmesse die größten Säle: Der tschechische Ex-Präsident Vaclav Havel ist mehr als drei Jahre nach seinem Abgang von der politischen Bühne weiter öffentlich aktiv. Der Dramatiker, der morgen 70 Jahre alt wird, gilt als Symbolfigur der Wende von 1989 in Osteuropa. Er selbst sieht dies



Vaclav Havel Foto: ddp

gelassener: „Ich war ein Träumer und zugleich viel realistischer als die meisten Mitbürger.“ Der Sohn eines Bauunternehmers durfte „wegen bürgerlicher Herkunft“ nicht studieren. Er gehörte 1977 zu den Gründern der Demokratie-Bewegung „Charta 77“ und war im November 1989 treibende Kraft der als „Samtene Revolution“ bezeichneten Wende. Seinen 70. Geburtstag will er zunächst in Prag feiern und danach zu Freunden nach Bratislava reisen. Anschließend empfängt ihn sein Präsidenten-Nachfolger Vaclav Klaus. Ein pikanter Termin: Beide Politiker verbindet seit Jahren eine heftige Rivalität.

Deutsche Firmen meiden Korruption

rtr I Berlin Deutsche Unternehmen gehören einer Umfrage zufolge in puncto Bestechung weltweit zum oberen Drittel der dafür am wenigsten anfälligen Firmen weltweit.

Mit einem Wert von 7,34 Zählern belege Deutschland weitweit den siebten Platz, teilte die Nichtregierungsorganisation Transparency International (TI), die sich dem Kampf gegen die Korruption widmet, heute in Berlin mit. Besser als Deutschland schnitten TI zufolge unter anderem die Schweiz, Großbritannien und Schweden ab. Auf den hinteren Rängen rangierten Indien, China, Russland und die Türkei. In diesen Staaten ist Firmenbestechung der Umfrage zufolge am stärksten verbreitet.



Dr. Eric Schweitzer,
Mitglied des Vorstands, ALBA AG, Berlin

Foto: Michael Dannenmann

Deutschland – Land der Ideen. Hier investieren wir in die Zukunft.

Die führende Position des deutschen Mittelstands im globalen Wettbewerb ist nur durch Innovationen und Investitionen zu halten. Seit über 80 Jahren begleitet die IKB mittelständische Unternehmen mit langfristigen Finanzierungslösungen bei Investitionen im In- und Ausland, bei Projekten und Akquisitionen; kurz: bei allen Herausforderungen, um auch in Zukunft erfolgreich zu sein und damit hochqualifizierte Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen.

- *Langfristige Investitionsfinanzierung*
- *Öffentliche Förderprogramme*
- *Zins-, Liquiditäts- und Währungsmanagement*
- *Projekt- und Akquisitionsfinanzierung*
- *Internationale Finanzierung*
- *Immobilienfinanzierung*
- *Private Equity*
- *Leasing*

IKB. Die unternehmerische Entscheidung.

IKB
Deutsche Industriebank

Kommentar: Zweischneidiges Schwert

Von Helmut Hauschild

Die südeuropäischen Schuhhersteller haben sich durchgesetzt: Die EU wird weiterhin Strafzölle auf Schuhe aus China und Vietnam erheben. Damit soll die Branche vor der Billigkonkurrenz aus Asien geschützt werden. Doch diese Strategie hat einen gravierenden Nachteil. Sie schädigt zugleich die Schuhindustrie in den nördlichen EU-Staaten, die längst ihre Fertigung nach Asien ausgelagert hat. Die Strafzölle auf Schuhe illustrieren damit die Unzulänglichkeit protektionistischer Abwehrmaßnahmen in einer global vernetzten Wirtschaft. Die EU muss deshalb ihre Anti-Dumping-Politik überdenken. Denn die Dummen sind am Ende die Verbraucher. Sie müssen die Zölle über steigende Preise im Laden bezahlen.

hauschild@handelsblatt.com

Hessen droht Energiekonzernen

Zwangsverkauf von Kraftwerken soll den Wettbewerb ankurbeln

rtr | Berlin Im Kampf gegen überhöhte Strompreise will Hessen notfalls auch eine Zerschlagung von Konzernen wie Eon oder RWE möglich machen. Im Extremfall müssten die großen Stromversorger zu einem Verkauf von Kraftwerken gezwungen werden, heißt es in einem Positionspapier des hessischen Wirtschaftsministers Alois Rhiel, das heute bekannt wurde. Ziel der Vorschläge ist dem CDU-Politiker zufolge eine Entlastung der Stromverbraucher. In verfestigten Märkten müssten daher die Zutrittschancen für Wettbewerber verbessert oder die marktbeherrschenden Unternehmen entflochten werden, was im Kern den Verkauf von Kraftwerken bedeuten könne. Hessen will seine Vorschläge mit den Länderwirtschaftsministern diskutieren und erwägt auch eine Bundesratsinitiative. Die Gesetze sollen danach bis Ende 2007 geändert werden.

Der Vorstoß Rhiels reiht sich in eine Serie von Vorschlägen anderer Politikern ein, die sich gegen die Marktmacht der vier großen Versorger RWE, Eon, Vattenfall Europe und EnBW wenden. Die Stromdurchleitung durch die Überlandnetze der großen Konzerne gilt seit längerem als eines der Haupthindernisse für Wettbewerb auf dem Energiemarkt. Als Reaktion auf Gesetzesverschärfungen hatten die Konzerne wiederum damit gedroht, ihre milliardenschweren Investitionen in Deutschland zu kürzen.



Kohlekraftwerk Scholven in Gelsenkirchen – noch rauchen die Schlote für Eon. Foto: ap

So könnten die Energieversorger nach den Vorstellungen des hessischen Wirtschaftsministers Rhiel zu mehr Wettbewerb gezwungen werden: Das Bundeskartellamt soll erheblich erweiterte Kompetenzen und in zentralen Bereichen alleinige Entscheidungsbefugnisse bekommen. Einen Zwangsverkauf von Kraftwerken etwa soll das Amt nach einem Gutachten der Monopolkommission selbst verfügen können. Das Bundeswirtschaftsministerium soll nur noch ein Veto-Recht erhalten.

Handelsblatt Veranstaltungen

21. November 2006 in Düsseldorf

Nähere Informationen zu Referenten und Programm unter http://vhb.handelsblatt.com/eu-steuerrecht

3. Handelsblatt Konferenz

Europäisches Steuerrecht – EuGH-Fälle im Blickpunkt

Hochkarätige Referenten diskutieren mit Ihnen aktuelle Themen zum europäischen Steuerrecht und die Entwicklung europäischer Richtlinien:



Prof. Dr. Jürgen Lüdicke
Partner, Steuerberater, Rechtsanwalt, PricewaterhouseCoopers AG (Vorsitzender)



Thorsten Zwirner
Referat IV B 6, Bundesministerium der Finanzen (Referent)



Thomas Henze
Referent, Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (Diskutant)

Info-Telefon: 02 11. 96 86–35 15
E-Mail: diana.schulz@euroforum.com

Handelsblatt

Substanz entscheidet.

Warnstreiks behindern Zugverkehr

ap I Berlin Warnstreiks bei der Bahn haben heute Morgen für erhebliche Störungen im Zugverkehr in Berlin und im weiteren Umland gesorgt. Auch der bundesweite Fernverkehr von und nach Berlin war betroffen, wie die Deutsche Bahn mitteilte. Anlass der Warnstreiks sind die gescheiterten Tarifverhandlungen zur Beschäftigungssicherung. Von den Streiks betroffene Fahrgäste haben die Möglichkeit, ihre Fahrkarte kostenlos umzutauschen oder sich den Reisepreis erstatten zu lassen. Die Streiks sollen zunächst bis Mitte Oktober fortgeführt werden.

Aktuelle Informationen für Bahnreisende unter 08 00-99 66 33 (Tel.) und www.bahn.de (Internet)

China mahnt Nordkorea



Südkoreaner protestierten heute in Seoul gegen Nordkoreas Pläne für einen Atomtest Foto: Reuters

Ankündigung eines Atomtests löst internationale Besorgnis aus.

rtr I Peking Nach Nordkoreas Atomtest-Ankündigung hat China seinen Verbündeten zur Zurückhaltung aufgefordert. „Wir hoffen, dass Nordkorea in der Frage die notwendige Ruhe und Zurückhaltung walten lässt“, sagte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums. Zugleich warnte China die internationale Gemeinschaft davor, die Spannungen zu verschärfen. Nordkorea hatte gestern einen ersten Atomtest angekündigt und dies mit einer wachsenden Bedrohung durch die USA begründet. Einen konkreten Zeitpunkt für den Test nannte es nicht. Die Ankündigung hatte im Westen zu großer Besorgnis geführt. Die EU erklärte, das Verhalten Nordkoreas sei unverantwortlich und trage zu einer Eskalation der Situation bei. Der Uno-Botschafter der USA, John Bolton, appellierte an den Sicherheitsrat, schlagkräftiger als nur mit einer Stellungnahme zu reagieren. In Regierung Südkoreas machte deutlich, sie werde nicht zulassen, dass Nordkorea Atomwaffen besitze. Sie rief den Nachbarn auf, die Pläne für einen Atomwaffentest fallen zu lassen. Der Konflikt um das nordkoreanische Atomprogramm schwelt seit Jahren. In mehreren Gesprächsrunden ist es nicht gelungen, das Land und zum Verzicht auf sein Atomprogramm zu bewegen. Seit November liegen diese Gespräche auf Eis, an denen neben Nordkorea China, Südkorea, Japan, Russland und die USA teilnehmen.

Meldungen

Regierungskrise in Tschechien
Nach einer verlorenen Vertrauensabstimmung hat der tschechische Ministerpräsident Mirek Topolanek seinen Rücktritt für nächsten Mittwoch angekündigt. Staatspräsident Vaclav Klaus will das Mandat zur Bildung eines neuen Kabinetts aber erst Ende Oktober, nach den Senats- und Kommunalwahlen, vergeben. Auch vorgezogene Wahlen gelten nicht als ausgeschlossen. Topolaneks konservative Minderheitsregierung war nur einen Monat im Amt.

Iran öffnet Atomanlagen
Die iranische Atomanlagen sollen auf Anweisung von Präsident Ahmadinedschad für ausländische Touristen geöffnet werden. Damit wolle der Präsident seine friedlichen Absichten beweisen, hieß es.



MittelstandPlus ist eine partnerschaftliche Pro-Bono-Initiative von McKinsey & Company, Deutschem Industrie- und Handelskammertag (DIHK), IKB, Wirtschaftswoche und KfW unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi). Ziel der Initiative ist die Vermittlung qualifizierter Beirats- und Aufsichtsratsmitglieder an mittelständische Unternehmer über eine Internetplattform (www.mittelstand-plus.de). Mittelständische Unternehmen erhalten hier unverbindlich und kostenlos Zugang zu einem renommierten Expertennetzwerk.

MittelstandPlus vermittelt Experten für Beiräte und Aufsichtsräte an Unternehmen.

MittelstandPlus
DAS STARKE EXPERTENNETZWERK

Meldungen

Toshiba kauft Westinghouse
Der japanische Toshiba-Konzern übernimmt für rund 4,1 Mrd. $ die Aktienmehrheit des US-Kraftwerksbauers Westinghouse von British Nuclear Fuels (BNFL). Toshiba kauft 77 % der Aktien. Die Japaner hatten schon im Februar den Kauf angekündigt.

Fujitsu ruft Laptop-Akkus zurück
Fujitsu will 287 000 Laptop-Akkus von Sony wegen Brandgefahr zurückrufen. Vor dem japanischen Elektronikhersteller hatten schon andere Computerfirmen wie Dell, Apple, IBM und Lenovo angekündigt, Millionen von Akkus aus tragbaren Computern zu ersetzen.

Emirates wehrt sich gegen Gerüchte
Die Fluggesellschaft Emirates hat Marktgerüchte über einen Einstieg bei Lufthansa dementiert. Ein Sprecher sagte, Emirates habe nicht die Absicht, ein Angebot für Lufthansa abzugeben. Aktienhändler hatten Kursgewinne der Lufthansa-Aktie auf Spekulationen zurückgeführt, dass Emirates sich an Lufthansa beteiligen wolle.

Heidelberg Cement expandiert in China
Der weltweit viertgrößte Zementproduzent Heidelberg Cement baut seine Präsenz in China mit einer Mehrheitsbeteiligung am Zementhersteller Liaoning Gongyuan Cement aus. Heidelberg Cement übernimmt 80 %.

Schering testet neues Krebsmittel
Die Bayer-Tochter Schering arbeitet mit dem US-Biotechkonzern Biogen Idec bei der Weiterentwicklung eines Krebsmittels zusammen. Schering gab heute bekannt, eine klinische Studie der Phase-III mit dem Krebsmittel Zevalin zu starten. Das Medikament wird an rund 400 Patienten getestet.

Pariser Regierung unterstützt Sanierungsplan von Airbus

Deutsche Politiker warnen vor Abzug der Produktion aus Hamburg

dpa | München Aktien des Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS sind heute zeitweilig um 12 % abgestürzt. Nach Handelsbeginn brach der Kurs auf 20,50 € ein. Bis zum Mittag erholte sich der Kurs wieder etwas und lag mit knapp 8 % im Minus.

Die Airbus-Mutter EADS hatte gestern eingeräumt, dass sie die Auslieferung des Riesenflugzeugs A 380 um ein weiteres Jahr verschieben und deshalb Milliardeneinbußen hinnehmen muss.

Airbus kündigte deswegen ein Sanierungsprogramm an, das eine umfassende Senkung der Kosten und die Beschleunigung der Entwicklung vorsieht. Dabei soll es auch zu Stellenstreichungen kommen. Nach Medienberichten gibt es derzeit sogar interne Überlegungen bei EADS, die Auslieferung der A380 von Hamburg nach Toulouse zu verlegen.



Ein Airbus A380 bei einem Testflug. Die Ausliefer-Verzögerungen belasten das Unternehmen stark Foto: ddp

Deutsche Politiker warnten heute parteiübergreifend vor einer Produktionsverlagerung. Die anstehende Umstrukturierung dürfte nicht auf Kosten der Arbeitsplätze in Deutschland gehen, sagt Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD). „Das europäische Gleichgewicht im Konzern bei der Wertschöpfung und den vorhandenen Arbeitsplätzen darf nicht zu Lasten Deutschlands verschoben werden." Der Grünen-Wirtschaftsexperte Matthias Berninger drohte sogar mit der Rückforderung staatlicher Finanzierungshilfen. Wegen der Probleme wird Airbus-Chef Christian Streiff morgen bei Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) erwartet. Einen Tag später, am Freitag, wollen alle deutschen Airbus-Betriebsräte und IG Metall-Vertreter in Hamburg beraten. Sie fordern die Offenlegung aller Planungen von EADS. Sie seien nicht bereit, einzelne Auswirkungen aus dem Kostensparprogramm bereits jetzt zu behandeln, ohne das gesamte Ausmaß bei Airbus zu kennen, sagte ein Arbeitnehmervertreter.

Dagegen erntete Airbus für den Sanierungsplan Lob von der französischen Regierung. Der Plan sei „realistisch und glaubwürdig", sagte Wirtschaftsminister Thierry Breton. „Als Aktionär vertrauen wir auf ihn." Der französische Staat hält 15 % an der Airbus-Mutter EADS.

Singapore Airlines „geht fremd" Wegen der Verzögerungen beim A380 greift Singapore Airlines auf Boeing zurück. Die geplante Kapazitätserweiterung erfolge nun mit 19 neuen Maschinen des Typs Boeing 777-300, kündigte die Gesellschaft an. Singapore Airlines storniere aber keine der zehn A380-Festbestellungen. Airbus zahle eine Entschädigung. Derweil verlangt die Gewerkschaft von Malaysia Airlines, die Bestellung von sechs Airbus A380 zu stornieren. Die Verluste schreibende Fluglinie brauche keine neuen Maschinen und solle die bestehende Flotte effektiver nutzen.

Ryanair fliegt mehr Passagiere

rtr | London Europas größter Billigflieger Ryanair hat im September 17 % mehr Passagiere als vor einem Jahr befördert. Insgesamt flogen nach eigenen Angaben rund 3,5 Mill. Reisende mit der irischen Gesellschaft. Die Auslastung fiel allerdings leicht um einen Punkt auf 86 %.

Netzagentur kürzt Gas-Entgelte

dpa/dj | Bonn Die Bundesnetzagentur hat im Kampf um niedrigere Gaspreise bei weiteren großen Netzbetreibern die Entgelte gesenkt. Die Behörde erklärte heute, sie habe bei der RWE-Westfalen-Weser-Ems Verteilnetz Kürzungen um 25,9 % und bei der Eon Westfalen Weser um 9,8 % gegenüber den beantragten Kosten angeordnet. Die Kürzungen führen nach Angaben der Agentur meist zu einer Absenkung der Netzentgelte, die von Weiterverteilern bezahlt werden. Diese könnten je nach Nutzerbereich und Nachfragestruktur der Kunden unterschiedlich groß ausfallen.

Barr nähert sich der Übernahme von Pliva

rtr | Zagreb Die kroatische Regierung will ihren Anteil am Generikakonzern Pliva an den US-Pharmakonzern Barr verkaufen. Damit erhöhen sich die Chancen für Barr, das größte osteuropäische Pharmaunternehmen übernehmen zu können. Zagreb hält noch 17 % an Pliva.

Impressum

Handelsblatt.com
NEWS AM ABEND

© Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitung darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt werden.

Redaktion:
Bernd Ziesemer (verantw.)
Peter Pfister (Redaktionsltg.)
Georg Sahnen (Koordinator)
Redaktion: Anja Kühner, Ute Latzke, Karen Wientgen
Produktion: Jörg Fiedler
Internet: www.newsamabend.de
Email: hb.news-am-abend@vhb.de
Tel.: +49 (0) 211 887-1081

Verlag und Anzeigen:
Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH
Kasernenstr. 67, 40213 Düsseldorf
Geschäftsführung: L. Mehl, H. Müsse, T. Schulz-Isenbeck
Anzeigen: GWP media-marketing
S. Steinmetz(verantw.), G. Lambertz
Internet: www.gwp.de
E-Mail: s.steinmetz@vhb.de
Tel.:+49 (0) 211 887-1327; -1328

Druck und Distribution:
Océ-Deutschland GmbH
Solinger Str. 5–7
45481 Mülheim a. d. Ruhr
Handelsblatt-Projekt
Panoramastr. 1
10178 Berlin
Internet: www.oce.de
Email: hablatt@oce.de
Tel.: +49 (0) 30 240 21 244

Meldungen

GM-Verwaltungsrat schweigt zu Auto-Allianz
Der Verwaltungsrat von General Motors hat sich nach einer Sitzung nicht zu den Gesprächen über eine Allianz mit Renault und Nissan geäußert. Die gestrige Sitzung war mit Spannung erwartet worden, weil auf ihr das Thema zur Sprache kommen sollte. GM-Chef Rick Wagoner hat sich bisher skeptisch über die Vorzüge einer Allianz mit Renault und Nissan gezeigt.

Stimmung in der ITK-Branche kühlt ab
Die Stimmung in der deutschen IT- und Telekommunikationsbranche hat sich einer Verbandsumfrage zufolge leicht verschlechtert. Wie der Bundesverband Bitkom mitteilte, fiel das vom Verband vierteljährlich erhobene Stimmungsbarometer um 8,5 Punkte auf 40,8 Punkte.

Hynix setzt Hoffnung auf MS-Vista
Der koreanische Speicherchipkonzern Hynix erwartet für das kommende Jahr einen Nachfrageschub durch das neue Microsoft-Betriebssystem Vista. Der Preisverfall für so genannte DRAM-Chips könnte daher geringer ausfallen als ursprünglich erwartet, sagte Hynix-Planungschef O. C. Kwon heute.

Spanische Energieaufsicht legt Eon Steine in den Weg



Spaniens Energieaufsicht will an den Übernahme-Auflagen festhalten. Endesas Windräder bleiben für Eon in weiter Ferne Foto: laif

EU droht Madrid: Die Europäische Kommission hat Spanien mit juristischen Schritten gedroht, sollte das Land die Bedingungen für die Übernahme der Endesa durch Eon nicht aufheben. Dies teilte die EU-Kommission heute mit, nachdem sie das Land bereits in der vergangenen Woche zur Aufhebung der an den Erwerb des Versorgers geknüpften Auflagen aufgefordert hatte. Die spanische Energiebehörde CNE hatte ihre Auflagen für Eon bestätigt.

Behörde will offenbar an harten Auflagen für Endesa-Kauf festhalten

rtr I Madrid Im Streit um die Auflagen für die geplante Übernahme des spanischen Energiekonzerns Endesa durch den deutschen Konkurrenten Eon geht die Branchenaufsicht in Madrid offenbar auf Konfrontationskurs. Die spanische Nachrichtenagentur Europa Press meldete, die Energieaufsicht CNE werde in einem Bericht an das Industrieministerium empfehlen, alle 19 Auflagen für die Endesa-Übernahme zu verteidigen.

Die EU-Kommission hatte Ende September die CNE-Entscheidung für illegal erklärt, die Übernahme an Auflagen zu knüpfen. Der CNE-Bericht ist rechtlich nicht bindend und überlässt der Regierung die Entscheidung.

Der Bericht der spanischen Energieaufsicht empfehle Madrid, den Streitfall notfalls vor europäischen Gerichten in Luxemburg klären zu lassen, berichtet die Nachrichtenagentur unter Bezug auf Regierungskreise. Die sozialistische Regierung sei weiter um eine Verhandlungslösung mit der EU bemüht. Zugleich werde aber der Rechtsweg nicht ausgeschlossen.

Sprecher der CNE und des Industrieministeriums waren zunächst nicht für eine Stellungnahme zu dem Agenturbericht erreichbar. Industrieminister Joan Clos hatte im September in Brüssel angekündigt, die EU-Entscheidung zu akzeptieren. Eon will Endesa für 37 Mrd. € übernehmen und damit an die Weltspitze der Strom- und Gasunternehmen aufrücken.

Die spanische Regierung hatte sich zunächst für die Übernahme durch die spanische Gas Natural ausgesprochen und die CNE eigens mit zusätzlichen Kompetenzen zur Verhinderung des Eon-Einstiegs ausgestattet. Die CNE hatte Eon eine Vielzahl von Auflagen gemacht, obwohl die EU-Kommission die Übernahme bereits genehmigt hatte. So sollte Eon die Kontrolle über spanische Kraftwerke an nationale Unternehmen abgeben und sich von Anlagen zur Stromerzeugung mit einer Leistung von 7600 Megawatt trennen. Insgesamt wäre ein Drittel der Stromerzeugung betroffen.



Aktionäre klagen gegen BP wegen brüchiger Pipelines

ap/rtr I Anchorage Aktionäre des britischen Ölkonzerns BP erheben Klage gegen das Unternehmen. Sie werfen den Managern des Verwaltungsrats fahrlässige Wartung der Pipelines im Ölfeld Prudhoe Bay in Alaska vor.

Durch brüchige Leitungen und die anschließende vorübergehende Stilllegung eines Teils des Ölfelds sei die Unternehmensreputation beschädigt worden, steht in der Anklageschrift. BP habe sich der Gefahr von Strafzahlungen in Millionenhöhe ausgesetzt. Ein Sprecher von BP Alaska wollte sich nicht zu der Klage äußern. Er verwies auf die allgemeine Firmenpolitik, laufende Rechtsverfahren nicht zu kommentieren. BP hatte im August wegen Schäden an den Pipelines in Prudhoe Bay die Förderung aus dem größten Öl-Feld in den USA gedrosselt.

Derweil gab BP heute bekannt, dass wegen der Produktionsausfälle in Alaska die Fördermenge im dritten Quartal voraussichtlich um 0,6 % schrumpfen werde. Analysten hatten dagegen mit einem leichten Anstieg gerechnet.

Märkte heute

Eurokurs

Mittwoch, 4.10.06

US$ je Euro **1,2672**

Vortag: 1,2733 US$



Tops + Flops

Veränderung zum Vortagesschluss

HDax	4.10.06
ADVA AG Optical	+4,53%
Kontron	+4,52%
Epcos	+4,48%
MAN	-8,11%
EADS	-6,92%
Ersol Solar Energy	-3,48%

Indizes + Kennzahlen

	4.10.06 (13:30)	Vortag
FTSE 100	5958,00	5937,10
Nikkei	16082,55	16242,09
Euro Stoxx	368,51	366,25
Umlaufrendite (%)	3,73	3,69
Brentöl ($)	58,05	57,71
Gold ($)	579,45	574,40

Handelsblatt | Quelle: Bloomberg

Börse heute

Ein Rekordhoch des Dow-Jones-Indizes in New York hat heute den deutschen Aktienmarkt gestützt. Der Dax kletterte bis zum späten Vormittag um 0,5 % auf 6024 Punkte. Nach einer Gewinnwarnung wegen weiterer Lieferverzögerungen beim neuen Suberjumbo Airbus A380 stürzte der EADS-Aktienkurs in der Spitze um 12 % ab. Später verringerte sich der Verlust. Boeing-Aktien hatten in New York um 2,3 % angezogen. Ein Börsianer sagte, ohne Gegenwind aus den USA sei gegen Ende der Woche sogar ein Sprung über 6100 Punkte „nicht ganz unwahrscheinlich". Infineon schaffte es an die Spitze der Dax-Gewinnerliste. Das zuletzt im Zusammenhang mit der Pleite des Handyproduzenten BenQ Mobile abgestrafte Papier verteuerte sich um 3,6 % auf 9,58 €. „Goldman Sachs hat empfohlen, Infineon zu kaufen. Das ist die erste gute Nachricht zu der Aktie seit Tagen", begründete ein Händler.

Deka-Bank stockt auf

Für die Sparkassen kauft das Institut den NordLB-Anteil der Landesbank Berlin

rtr I Frankfurt Die Deka-Bank hat stellvertretend für die deutschen Sparkassen den zehnprozentigen Anteil der NordLB an der Landesbank Berlin (LBB) erworben. „Es ist beabsichtigt, die Aktien im ersten Halbjahr 2007 von der Deka-Bank auf eine von der Sparkassen-Finanzgruppe zu errichtende Gesellschaft zu übertragen", teilten das Institut und der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) heute in Berlin mit. Die Deka-Bank als zentraler Fondsanbieter der Sparkassen sei eingeschaltet worden, um die Transaktion kurzfristig durchzuführen. Über den Kaufpreis sei Stillschweigen vereinbart worden. Die LBB lehnte einen Kommentar ab.

Die Landesbank Berlin - früher Bankgesellschaft Berlin – kommt auf eine Marktkapitalisierung von gut 6,2 Mrd. €. Gemessen daran dürfte die Deka-Bank über 600 Mill. € für den NordLB-Anteil auf den Tisch geblättert haben. Allerdings befinden sich weniger als 10 % der Papiere im Streubesitz, so dass der Aktienkurs nur bedingt aussagekräftig ist. Experten sehen den Wert der LBB in einer Bandbreite von 5 bis 6 Mrd. €. Das Land Berlin muss sich bis Ende 2007 auf Druck der EU von seinen 81 % an der Landesbank trennen.

Personalwechsel bei DWS

dpa/dj I Frankfurt Anfang kommender Woche wird der Aufsichtsrat der Deutsche-Bank-Tochter DWS über die Ablösung ihres Geschäftsführers Axel-Günter Benkner entscheiden. Der Chef der Investmentfondsgesellschaft soll seinen Posten an DWS-Geschäftsführer Klaus Kaldemorgen verlieren. Der 53-jährige Kaldemorgen ist bislang für das Aktienfondsmanagement der DWS zuständig.

Grund für die offenbar bevorstehende Demission Benkners soll das seit langem zerrüttete Verhältnis zu Kevin Parker sein, der in der Konzernführung für das Asset Management zuständig ist.

Handelsblatt Leser werben Leser

Lassen Sie sich mit 200,– € für einen neuen Handelsblatt-Leser belohnen.

Direkt im Internet bestellen unter: **www.handelsblatt-praemie.com**

Sprechen Sie doch einfach einen Kollegen, Freund oder Geschäftspartner bei nächster Gelegenheit auf die vielen Vorteile eines Handelsblatt-Abonnements an. **Um einen neuen Leser zu werben, müssen Sie nicht selbst Abonnent des Handelsblatts sein. Jeder kann mitmachen!**

Lieber eine andere Prämie?
Dann besuchen Sie doch unseren Prämienshop im Internet mit vielen weiteren Angeboten unter: **www.handelsblatt-praemie.com**

Handelsblatt lesen,
bares Geld sichern!



Bargeldprämie 200,– €
Ganzjahresprämie
Welchen Wunsch auch immer Sie sich gerne verwirklichen möchten, bare 200,– € gehören Ihnen!
Artikel-Nr.: 200-cash

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

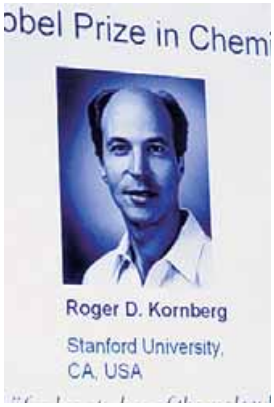
Rekordspende für Oper in San Francisco

dpa I San Francisco Die Oper in San Francisco hat eine private Spende von 35 Millionen Dollar erhalten, die höchste ihrer Geschichte. Möglicherweise sei es die großzügigste Spende einer Privatperson an ein amerikanisches Opernhaus überhaupt, berichtet der „San Francisco Chronicle“ heute. Das Geld stammt von der Industriellenwitwe Jeannik Mequet Littlefield. Ihr verstorbener Ehemann war Inhaber einer großen Baufirma, die auch den Bau des Hoover Damms leitete. Sie habe ihre Spende an keine Bedingungen geknüpft, sagte der General-Direktor des Opernhauses, David Gockley.

Ehrung für Genforscher

Der US-Amerikaner Robert Kornberg erhält den Chemie-Nobelpreis

dpa I Stockholm Der Nobelpreis für Chemie geht an den US-Forscher Roger D. Kornberg (59) von der Stanford-Universität in Kalifornien. Er bekommt die Auszeichnung für die Aufdeckung des Informationsflusses von den Genen zum fertigen Protein in allen höheren Organismen, teilte die Königlich-Schwedische Akademie der Wissenschaften heute mit. Kornberg hatte beschrieben, wie die so genannte eukaryontische Transkription funktioniert. Sie sorgt dafür, dass die Gene von höheren Organismen in die Proteine umgesetzt werden, die fast alle Aufgaben des Lebens übernehmen.



Roger Kornbergs Foto auf seiner Internet-Seite Foto: rrtr

Im vergangenen Jahr hatten der Franzose Yves Chauvin sowie die US-Amerikaner Robert Grubbs und Richard Schrock die Auszeichnung für die Entwicklung neuer Reaktionswege in der organischen Chemie bekommen, die unter anderem zur gezielten Herstellung von Plastik und Medikamenten dienen. Seit bald 20 Jahren ist die Auszeichnung nicht mehr an Deutsche gegangen. 1988 erhielten ihn Johann Deisenhofer, Robert Huber und Hartmut Michel für ihre Forschung zur Photosynthese.

Die höchste Auszeichnung für Chemiker ist in diesem Jahr mit umgerechnet 1,1 Mill. € dotiert. Die feierliche Überreichung findet traditionsgemäß am 10. Dezember statt, dem Todestag des Preisstifters Alfred Nobel.

Meldungen

„Rasendem Roland“ geht die Kohle aus

Die Dampfbahn „Rasender Roland“ steigt auf Diesel um. Ursache sind Lieferengpässe bei Kohle, wie der kaufmännische Direktor der Rügenschen Kleinbahn, Dirk Bahnsen,heute sagte. Bereits jetzt verkehre ein Zug mit Diesellok. Sollte die angekündigte Kohle nicht bald eintreffen, müsse der zweite Zug durch Busse ersetzt werden. Die Kohle wird aus Polen bezogen. Eigentümer Hermann Schöntag wies Spekulationen über finanzielle Probleme zurück. Fahrten mit der Kleinbahn zählen wegen der Dampfloks zu den touristischen Attraktionen auf Rügen.

Zur Weinlese nach Maastricht

Weinliebhaber sollten nach Auffassung des niederländischen Büros für Tourismus im Herbst einmal eine Fahrt nach Maastricht in Erwägung ziehen. Am St. Pietersberg und im Jeker-Tal im Süden der Stadt würden nämlich edle Tropfen angebaut. In den Weingütern Apostelhoeve und Hoeve Nekum kann man auch einen Blick in die jahrhundertealten Keller werfen. **www.vvvmaastricht.nl**

Mehr Verkehrsopfer als offiziell gemeldet

dpa I Brüssel Krankenhäuser in der EU behandeln einer Studie der belgischen Univerität Gent zufolge gut doppelt so viele Schwerverletzte wie in den offiziellen Polizei- und Justizstatistiken auftauchen. Vor allem Radfahrer, Fußgänger und Motorradfahrer würden viel häufiger schwer verletzt eingeliefert, berichtet die Zeitung „De Morgen“ heute. „Unsere Verkehrssicherheitspolitik basiert auf falschen Daten“, heißt es in der Studie.

„Stern“-Reporter verliert gegen EU

dpa I Brüssel „Stern“-Reporter Hans-Martin Tillack hat einen Rechtsstreit gegen die EU-Kommission verloren. Das EU-Gericht erster Instanz wies seine Schadenersatzklage ab. Die Richter sahen keinen Zusammenhang zwischen der Übermittlung von Informationen der EU-Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF an die belgischen Justizbehörden und einer von Tillack behaupteten Rufschädigung, die ihm wirtschaftlich schade.





Die Kino-Doku zeigt ungesehene Einblicke hinter die WM-Kulissen, hier die Ansprachen von Bundestrainer Klinsmann Foto: ddp

Applaus für den WM-Film

Prominenz feiert den Kinostart von „Deutschland. Ein Sommermärchen“

dpa I Berlin Angela Merkel war begeistert. Nach der Premiere von Sönke Wortmanns WM-Film „Deutschland. Ein Sommermärchen“ schloss sich die Bundeskanzlerin den rund 1700 Kino-Gästen an, die den Film mit tosendem Applaus bedachten.

Nach der ersten Vorführung gestern Abend in Berlin zeigten sich auch Prominente von WM-Cheforganisator Franz Beckenbauer bis Fernsehmoderator Günther Jauch sehr angetan von dem Dokumentarstreifen, der am morgigen Donnerstag bundesweit in die Kinos kommt. „Wir haben uns bei der WM als gute Gastgeber präsentiert. Das ist es, warum ich heute hier bin“, sagte Merkel. „Mir hat der Film richtig gut gefallen. Er zieht einen noch einmal richtig in den Sommer hinein“, schwärmte Jauch nach der Vorführung im Theater am Potsdamer Platz, während der es immer wieder spontan zu Szenenapplaus gekommen war.

Wortmann bedankte sich für den lang anhaltenden Beifall mit einer tiefen Verbeugung bei den Premieren-Besuchern. „Es ist schön, jetzt hier zu sein“, sagte der Regisseur, der schon das „Wunder von Bern“ in die Kinos gebracht hatte. Sein besonderer Dank galt den Nationalspielern, die er vor und während der WM mit seiner Kamera hautnah begleiten durfte. „Ich finde es gut, dass die 80 Millionen Fußball-Fans, die es seit der Weltmeisterschaft in Deutschland gibt, Einblick in das bekommen, was zum Beispiel in der Kabine passierte“, kommentierte Beckenbauer.



Sönke Wortmann trifft sich mit Angela Merkel Foto: ddp

Auch bei den Spielern weckte der fast zweistündige Film noch einmal das WM-Gefühl. „Die emotionalen Momente sind noch einmal hochgekommen – und auch eine Gänsehaut“, sagte Abwehrspieler Philipp Lahm. Der Film, der das Innenleben der Nationalmannschaft zeigt, sei „absolut authentisch“, betonte Bundestrainer Joachim Löw.

Ex-Coach Jürgen Klinsmann war nicht zur Premiere nach Berlin gekommen, sondern übermittelte seine Grüße aus Kalifornien per Video. „Die WM war eine ganz, ganz tolle Zeit“, sagte Klinsmann.

Der Erlös des Kinofilms soll an die SOS-Kinderdörfer gehen.

Buch-Ecke

Korruption und Macht

dpa I München Die Geschichte gleicht einem Strategiespiel. Schauplatz ist das alte Rom vor mehr als 2000 Jahren. Zug um Zug zeichnet Robert Harris in seinem neuen, sehr lesenswerten und kurzweiligen Roman „Imperium“ den Weg des römischen Redners, Politikers und Schriftstellers Marcus Tullius Cicero – geboren 106 vor Christus, ermordet 43 vor Christus – als streitfreudigen Politiker am Vorabend der römischen Bürgerkriege nach.

Aus der Perspektive von Ciceros Sekretär Tiro „mit der flotten Schreibehand“ beschreibt Erfolgsautor Robert Harris („Vaterland“, „Enigma“) wie bereits bei seinem 2003 erschienenen historischen Roman „Pompeji“ den Kampf um Einfluss, Intrigen und Korruption in Armutsvierteln und römischer High Society und prangert damit das korrupte System mit all seinen „Gefälligkeiten“ an.

Robert Harris: Imperium, Heyne Verlag, 480 Seiten, 20,60 €

Sudoku (mittel)

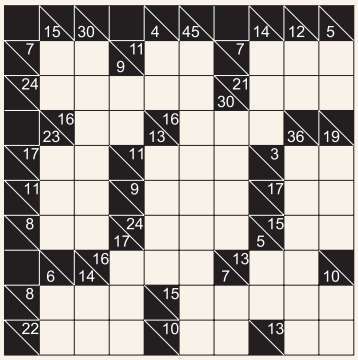
Füllen Sie die Matrix mit Zahlen von 1–9. Jede Ziffer darf nur einmal in jeder Spalte, Reihe und den 3x3 Feldern vorkommen. Doppelungen sind nicht erlaubt.

		6		4				5
			8				3	6
			5				1	
		3				7		
8				7	3		6	9
5		4		9	6		2	8
	2	1	6			9		
			9		8			
3				2		6		

Kakuro (mittel)

Auch hier werden Zahlen von 1–9 eingetragen. Doch bei Kakuro müssen die Zahlen einer Reihe die Gesamtsummen ergeben, die in den schwarzen Kästchen links davon bzw. darüber vorgegeben sind. Die Zahlen dürfen sich innerhalb einer Zahlenfolge nicht wiederholen. Zum Beispiel eine Summe von 6 kann sich aus den Kombinationen 1+5, 2+4, aber nicht aus 3+3 zusammensetzen.

Die Lösungen zum Sudoku und Kakuro finden Sie in der nächsten Ausgabe des Handelsblatts.



Just a Minute Business Spotlight

Testen Sie Ihr Englisch!

I'm not surprised your suggestion was turned _____ . It's too complicated!
a) down
b) up
c) off

Antwort a): turn down – ablehnen

©Business Spotlight, Spotlight Verlag 2006 www.business-spotlight.de

<http://www.ikb.de>

IKB aktuell

Ausgabe Nr. 663
Mittwoch, 4. Oktober 2006

Steckbrief

IKB-Kunden stellen sich vor:

Xella International GmbH

Woher wir kommen: *Xella entstand 2002 aus der Übernahme der Ytong-Holding AG und der Fels-Werke GmbH durch Haniel. Letztes Jahr erzielte das Unternehmen mit 7.200 Mitarbeitern einen Umsatz von rund 1,4 Mrd. €. Xella ist im Bereich Baustoffe der weltweit größte Produzent von Porenbeton und Kalksandstein und führend in der Herstellung von Gipsfaser-Platten, sowie im Bereich Rohstoffe europaweit einer der führenden Anbieter von Kalk und Kalkstein.*

Was wir anbieten: *Mit den Marken Ytong und Silka bietet Xella ein komplettes Produktsortiment an Porenbeton- und Kalksandsteinen, einschließlich innovativer Baukastensysteme und vorkonfektionierter Wandbausätze. Lösungen für alle Anforderungen von Großobjekten im Wirtschaftsbau vertreibt Xella unter der Marke Hebel. Fermacell Gipsfaser-Platten sowie Estrich-Elemente und zementgebundene Nassraumplatten stehen für den trockenen Innenausbau zur Verfügung. Aestuver Brandschutzplatten sind nicht brennbar und verfügen über hohe Druck-, Biegezug- und Abriebfestigkeit. Die Mineraldämmplatte Multipor wird als umweltfreundliche Alternative zu herkömmlichen Dämmstoffen angeboten.*

Wie wir uns positionieren: *Xella will das Bauen neu gestalten. Neues Bauen heißt, als führender Baustoffhersteller Innovationen, effiziente Konzepte und neue Systemansätze im Markt voranzutreiben, um künftig verlässliches, termingerechtes und kostenoptimiertes Bauen sicherzustellen.*

Wohin wir wollen: *Das Unternehmen setzt auf das steigende Interesse an massiven Baustoffen wie Kalksandstein und Porenbeton. Wir wollen mit einem schlagkräftigen Team und starken Marken im In- und Ausland profitabel wachsen. Darüber hinaus baut Xella die Trockenbau-Aktivitäten international aus.*

Ernst Arelmann, *Kommunikation*
www.xella.com

IKB Deutsche Industriebank

Impressum

IKB Deutsche Industriebank AG, Wilhelm-Bötzkes-Str. 1, 40474 Düsseldorf, **Redaktion:** Patrick von der Ehe, Tel.: 02 11/82 21-47 76, Fax: 02 11/82 21-27 76, mailto:redaktion@ikb.de

Verantwortlich für den Inhalt ist die IKB. Namentlich gekennzeichnete Fremdbeiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Weiterverbreitung nur mit schriftlicher Genehmigung.

Unternehmenskultur prägt Kooperationen

Suche Partner mit Kultur

Für Unternehmer wird es immer wichtiger, Kooperationen einzugehen. Ausgangsbasis ist die langfristige Wertsteigerung des Unternehmens oder schlicht gesagt, das mittel- und langfristige Überleben in einer global vernetzten Wirtschaft. Wichtig war für die große Mehrheit der von CCI im Rahmen einer Studie befragten Unternehmer besonders die Beachtung der Unternehmenskultur im eigenen und im Partnerunternehmen.

Als Anlass für eine Kooperation steht für den einen Entscheider das Unternehmenswachstum im Vordergrund, für den anderen die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Diese kann wiederum als Maßnahme Wachstum erfordern oder die Erweiterung und Ergänzung der Märkte. Die Unternehmen vergrößern dabei ihr Angebot mit neuen Produkten oder bieten ihre Waren und Dienstleistungen in zusätzlichen Ländern oder Regionen an. „Im Rahmen der Globalisierung mussten wir den Kunden folgen und neue Märkte sowie neue Kunden erschließen“, erläuterte ein Unternehmenschef der Automobilzulieferbranche im Gespräch mit CCI den ursprünglichen, strategischen Antrieb für Firmenübernahmen. „Heute sind Kooperationen fokussiert auf tangierende Technologien, die uns bereichern“, sagte er über die geänderte Ausrichtung.

Damit beschrieb er einen weiteren Antrieb für verstärkte Kooperation und Konzentration: technologische Anforderungen, die durch die steigende Komplexität von Produkten und Dienstleistungen entstehen. Ein Beispiel ist die mittelständisch strukturierte Luftfahrtzulieferindustrie. Diese stehe einem Branchenkenner zufolge in Deutschland vor einer Konsolidierungswelle, wie sie beispielsweise Frankreich bereits hinter sich habe. Die finanzielle Stärke, die für künftige Entwicklungsprojekte notwendig sei, lasse sich nur noch durch Kooperation erreichen, betont er.

Um eine Kooperation erfolgreich zu beginnen, müssen beide Partner aber auch bereits das mögliche Ende im Auge behalten und vertraglich fixieren. Wenn das Ziel eines Joint Ventures erreicht sei, beispielsweise die Marktreife einer Technologie, dann müssen sich die Partner ohne Schmerzen trennen können. Dazu muss von vornherein die strategische Richtung klar und die Unternehmenskultur ebenfalls darauf ausgerichtet sein, mit Partnern in Fairness zusammenarbeiten zu können.

Auch bei einer Fusion beziehungsweise Firmenübernahme ist schon in der Strategiephase zu prüfen, ob die Kultur des eigenen Unternehmens sowie des Übernahmezieles eine erfolgreiche Integration befördert oder ob sie dem sogar entgegensteht. Fast alle Befragten haben im Zuge dessen die Beachtung der Unternehmenskultur bei Fusionen und Kooperationen in den Vordergrund gestellt. Der alleinige Blick auf die bisherige Profitabilität ist dabei zu kurz. „Suche Partner mit Kultur“ ist somit das Gebot der Stunde. Ansonsten kann ein teures Ende schneller kommen, als allen Beteiligten lieb ist.

Alexander Flieger, Cloverleaf Consult Intern.

Positive Signale auch beim Konsum

Das Hoch bei den Investitionen hält an

Die deutsche Wirtschaft erlebt momentan eine lange nicht gekannte Wirtschaftsdynamik. Verantwortlich dafür sind in erster Linie die Ausrüstungsinvestitionen. Gleichzeitig fallen die Bauinvestitionen der Konjunktur nicht mehr in den Rücken, und selbst der Konsum vermerkt zusehends positive Signale.

Deutsche Unternehmen profitieren seit geraumer Zeit von den Bestellungen aus aller Welt. Mittlerweile ist der Exportfunke auch auf die Investitionen übergesprungen. Besonders im Fokus steht dabei die Erweiterung und Modernisierung bei Maschinen, Fahrzeugen und Anlagen. Die Ausrüstungsinvestitionen sollten daher einen Zuwachs von 6 % in 2006 verzeichnen. Der Investitionsboom dürfte sich bis ins nächste Jahr hinein mit nur leicht verringertem Tempo fortsetzen.

Der Private Verbrauch zeigt im bisherigen Jahresverlauf noch keine klare Tendenz. In den kommenden Monaten ist aber mit einer Zunahme zu rechnen, weil die bevorstehende Mehrwertsteuererhöhung zu vorgezogenen Käufen anregt. Zudem wirkt die verbesserte Situation auf dem Arbeitsmarkt belebend.

Vor diesem Hintergrund sollte das BIP in 2006 um 2 % zulegen können. Für das nächste Jahr erwarten wir – auch angesichts einer weniger dynamischen Weltwirtschaft – eine Zunahme von 1,3 %.

Dr. Gunar Lietz, IKB